

Wider den Zeitgeist

Die nordrhein-westfälische CDU am Beginn des 21. Jahrhunderts

von

Jürgen Rüttgers

Sperrfrist: Beginn der Rede Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Freunde,

I.

Jedes Mal, wenn ich lese, wie schon im März 1945 hier in Köln, dann in Walberberg, Wattenscheid oder Dortmund Menschen zusammenkamen und über die Zukunft Deutschlands sprachen, denke ich, welcher Mut und welche Kraft diese Männer und Frauen beseelte angesichts der Trümmerlandschaft draußen vor der Tür. Jedes Mal, wenn ich mich mit Konrad Adenauer beschäftige, fühle ich mich persönlich angesprochen. Nicht nur, weil ich aus Brauweiler stamme, dem Ort, in dem Konrad Adenauer von der Gestapo ins Gefängnis geworfen wurde. Nicht nur, weil ich auf demselben Gymnasium war wie er. Sie kamen aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen und wollten das Land wiederaufbauen. Nicht nur Stein für Stein, sondern Wort für Wort, Mensch für Mensch. Sie wollten neues Vertrauen schaffen, Zuversicht stiften, Hoffnung machen.

Der Blick auf die Anfänge lässt mich jedes Mal staunen. So geht es mir mit den Kölner Leitsätzen von Juni 1945, mit dem Neheim-Hüstener Programm von März 1946, dem Ahlener Programm von Februar 1947, mit den Düsseldorfer Leitsätzen von Juli 1949. So geht es mir aber vor allem – und natürlich hat da jeder seine Vorlieben – mit der Rede von Konrad Adenauer in der Aula der Kölner Universität am 24. März 1946 über „Freiheitliche Demokratie auf christlicher Grundlage“. Diese Rede Adenauers übt immer einen großen Zauber auf mich aus. Sie ist für mich eines der schönsten Stücke der Geschichte unserer CDU.

Erlauben Sie mir hier in Köln, in meiner Geburtsstadt, dass ich den Schluss dieser Rede ausführlicher zitiere: „Nun“, so Adenauer, „lassen Sie mich schließen mit einem Wort an meine Kölner Mitbürger (...) Verlieren Sie den Mut nicht. Ich weiß, wie es bei Ihnen aussieht, und trotzdem sage ich, verlieren Sie den Mut nicht: Köln wird wiedererstehen, wenn die gesamte Bürgerschaft, alle Stände, alle Schichten bei diesem Werk zusammenarbeiten. Wenn Gott es will, können Sie in den nächsten zwei Jahrzehnten alle die Pläne ausführen, die wir vor 1933 entwickelt haben: Sie können den Dom retten, ihm eine würdige Umgebung schaffen, die Stadt sich wieder lagern lassen an dem herrlichen Rand unseres Rheinstromes, indem Sie den Hauptbahnhof entfernen. Sie dürfen unter keinen Umständen zulassen, dass der Hauptbahnhof an dieser Stelle bleibt, denn sonst bleibt die Verkrüppelung dieser Stadt ewig. Sie können der Altstadt wieder den Charakter geben, den sie nie hätte verlieren dürfen, den Charakter einer schönen, mit den erhabenen Werken kirchlicher und profaner mittelalterlicher Baukunst durchsetzten Wohnstadt ohne Armutsviertel, ohne Hinterhäuser, durchflutet von Licht und Sonne. Sie können die Menschen aus der Steinwüste herausführen, sie siedeln lassen am äußeren Grüngürtel in Gottes freier Natur. Sie können ihnen wiedergeben die Verbundenheit mit Erde und Himmel. Es wird viel Arbeit, viel Geduld kosten, aber es wird gehen, wenn viel Liebe dabei ist. Diese Liebe zu unserer Stadt, ihrer Vergangenheit, ihrer Geschichte, ihrer Sprache, ihrem Geiste haben wir Kölner ja alle. Darum nicht verzagen!“

Soweit die Schlussworte einer Rede, die inmitten einer Welt der Trümmer, des Hungers, des Elends, der Vertreibung gehalten wurde.

Wer inmitten dieser Welt der fast vollständigen Zerstörung Zuversicht stiften wollte, wer Mut und Hoffnung machen wollte, konnte es nicht besser tun als Adenauer mit diesen einfachen und menschlichen Worten. Sie sind keine Welterklärung. Sie ordnen das ungeheuerliche Geschehen von Verbrechen, Schuld und Zerstörung in keine angebliche historische Gesetzmäßigkeit ein. Stattdessen eine persönliche Ansprache jedes Einzelnen, die ihm sagt: Du bist wichtig, auf Dich kommt es an beim Wiederaufbau, Du darfst nicht verzagen.

Diese persönliche Ansprache ist bei Adenauer die Konsequenz seiner Weltanschauung, vor allem da, wo er seinen Zuhörern sagt: Sie können den Menschen die Verbundenheit mit Erde und Himmel wiedergeben.

Die Verbundenheit des Menschen mit Erde und Himmel wiederherstellen, das heißt: den Menschen wieder dahin zurückzubringen, wo er nach *christlichem* Selbst- und Weltverständnis sein muss, von wo er sich aber während der Nazi-Barbarei zu seinem Unheil entfernt hat.

Genau das hatte Adenauer zuvor in seiner programmatischen Rede, in der er das Programm der neuen CDU vorstellte, mit ebenso einfachen Worten erläutert.

Dass sich die neue Partei schon in ihrem Namen auf das Christentum berief, war damals umstritten. Die britische Militärregierung war skeptisch. Die Freien Demokraten, sogar das Zentrum fanden es unnötig, das Wort „christlich“ im Namen einer politischen Partei zu führen. Die Sozialdemokraten fanden es fast beleidigend, dass die CDU sich „christlich“ nannte. Sie argwöhnten, damit werde anderen Parteien ein geringeres Maß an Christlichkeit oder gar Christentumsfeindlichkeit unterstellt.

Die CDU ließ sich nicht beirren. Sie tut gut daran, dass sie sich auch heute nicht beirren lässt, wenn ihr empfohlen wird, das "C" aus ihrem Namen zu streichen. Und dabei kann sie sich bis heute auf Adenauers Kölner Universitätsrede vom März 1946 berufen:

„Der Fundamentalsatz des Programms der CDU, der Satz, von dem alle Forderungen unseres Programms ausgehen, ist ein Kerngedanke der christlichen Ethik: die menschliche Person hat eine einzigartige Würde, und der Wert jedes einzelnen Menschen ist unersetzlich. Aus diesem Satz ergibt sich eine Staats-, Wirtschafts- und Kulturauffassung, die neu ist gegenüber der in Deutschland seit langem üblichen. (...) Wir nennen uns christliche Demokraten, weil wir der tiefen Überzeugung sind, dass nur eine Demokratie, die in der christlich-abendländischen Weltanschauung (...) wurzelt“ Deutschlands Wiederaufstieg herbeiführen kann.

Mit dieser Position formulierte Adenauer 1946 einen dezidierten Gegenentwurf zu den Weltanschauungen, die Deutschland ins Elend geführt hatten.

Das muss man sich auch heute wieder klarmachen. Vielen fällt das schwer. Bei vielen herrscht ja der Eindruck vor, als sei die CDU in einer Zeit gegründet worden, in der die christlich-abendländische Weltanschauung noch so intakt war, dass es gar nichts Besonderes war, sich darauf zu berufen. Aber das Gegenteil ist richtig.

Deutschland war damals eben kein Land, in dem die Politik christlichen Prinzipien folgte. Und dies nach Adenauers Einsicht seit langem nicht: Es fing an mit der Staatsverherrlichung, die den Staat zum Götzen gemacht hatte und Würde und Wert der Einzelperson diesem Götzen geopfert hatte. Die Vergötzung des Staates wurde nach Adenauers Einsicht durch die materialistische Weltanschauung noch einmal überhöht. Sie endete schließlich im Nationalsozialismus, in dem Adenauer „die ins Verbrecherische hinein vorgetriebene Konsequenz“ des Materialismus, der Anbetung der Macht und der Missachtung, ja Verachtung des Wertes des Einzelmenschen sah. Der Nationalsozialismus, so Adenauer, war die „planmäßige Entchristlichung“ Deutschlands.

Die programmatische Verankerung der CDU im christlich-abendländischen Menschenbild war also alles andere als zwangsläufig. Es war ein revolutionärer Bruch mit der Staatsauffassung und dem Menschenbild, das die Politik in Deutschland bis zum Zusammenbruch 1945 bestimmt hatte.

Bei diesem revolutionären Bruch traute Adenauer offenbar den westdeutschen Parteifreunden, insbesondere den rheinischen, besonders viel zu. Nicht zufällig, vermute ich, kommt er jedenfalls in einer Nebenbemerkung seiner Kölner Universitätsrede auf seine Zeit in Berlin vor 1914 zu sprechen. Ich zitiere: „Deutschland ist eines der (...) unchristlichsten Völker Europas. Das war es schon vor 1914. Trotzdem die Berliner manche wertvollen Eigenschaften aufwiesen, habe ich damals schon immer in Berlin das Gefühl gehabt, in einer heidnischen Stadt zu sein“.

Die Verankerung der CDU im christlich-abendländischen Menschenbild sollte die Politik in Deutschland auf eine vollkommen neue Grundlage stellen. Die Gründung der CDU war der radikale Bruch mit einem Welt- und Menschenbild, das in Gestalt von Staatsvergötzung, Materialismus, Militarismus und schließlich verbrecherischem Nationalismus Wert und Würde der Einzelperson missachtet hatte.

Deutschland sollte im Sinne des zuvor verachteten christlich-abendländischen Menschenbildes aufgebaut werden als ein Gemeinwesen, in dem der Staat, die Wirtschaft und die Kultur nicht Selbstzweck sind, sondern, so Adenauer, „eine dienende Funktion gegenüber der Person“ haben.

Das war die Umstürzung der politischen Verhältnisse. Es war eine Politik wider den Zeitgeist. In dieser Besonnenheit und zugleich Radikalität war dazu keine Partei außer der neu gegründeten CDU in der Lage – auch nicht, bei allem großen Respekt vor ihrer demokratischen und sozialen Tradition – die damals noch im marxistischen Materialismus gefangene SPD.

Auf der Grundlage des „Fundamentalsatzes“ von der einzigartigen Würde und dem unersetzlichen Wert der Einzelperson entwickelte die CDU ein neues Programm. Sie gestaltete eine Politik, die zu einer in der Geschichte Deutschlands beispiellosen Demokratie, zur Sozialen Marktwirtschaft, zu einem nie dagewesenen Maß an Wohlstand, innerer und äußerer Sicherheit führte. Sie gestaltete auf derselben Grundlage die Politik der Westintegration und schließlich der deutschen Wiedervereinigung und der vollständigen Souveränität Deutschlands in einem vereinigten Europa.

II.

Niemand kommt um die Feststellung herum: Die Erfolgsgeschichte Deutschlands beruht auf politischen Weichenstellungen, die im christlich-abendländischen Menschenbild und seiner Wertorientierung gründen. Das war damals und ist heute keine abstrakte Angelegenheit. Es handelt sich um ein Menschenbild, das für die Gründungsväter und -mütter der CDU – bei allen Fehlern und Versäumnissen – die Richtschnur ihres konkreten Handelns gewesen ist.

Heute stehen wir in einer Situation, in der die weltanschauliche Fundierung der Politik ins Gerede gekommen ist. Der postmoderne Zeitgeist hält nichts mehr davon. Er misstraut Wahrheitsansprüchen. Er glaubt nicht mehr an die Unterscheidbarkeit von Wahrem und Falschem oder Gutem und Bösem. Für den postmodernen Zeitgeist sind die Weltanschauungen nur noch die großen Erzählungen der Vergangenheit, die mehr Unheil als Heil angerichtet haben. Erlaubt ist, was gefällt, und die Politik hat die Aufgabe, als Technokratie der Macht dafür zu sorgen, dass die Einzelnen mit ihren rein privaten Sinnentwürfen einigermaßen friedlich zusammenleben.

Für die heutige CDU wirft dieser postmoderne Zeitgeist Fragen auf, die unmittelbar unsere Identität berühren. Nehmen wir selbst unsere weltanschauliche Fundierung noch ernst? Können wir sie noch ernst nehmen? Oder müssen wir uns neu erfinden und die weltanschauliche Fundierung unserer Politik den Archivaren und Historikern überlassen? Es geht heute darum, ob wir unsere Kraft auch in Zukunft noch aus denselben geistigen Grundlagen schöpfen, aus denen wir sie in der Vergangenheit geschöpft haben.

Die Frage ist nicht nur für die CDU wichtig. Sie ist auch wichtig für die Zukunft unseres Landes. Welchen Weg unser Land aus seiner momentanen Krise findet, ob es überhaupt einen zukunftsfähigen Weg findet, hängt von der Antwort auf diese Frage ab.

Lassen Sie mich zunächst noch einmal zurückkommen auf Adenauers Rede von 1946. Ich möchte Ihnen zwei Stellen zitieren, die für unsere Frage aufschlussreich sind. An der einen sagt Adenauer, dass breiten Schichten der Bevölkerung für die Giftsaat des Nationalsozialismus empfänglich gewesen seien, weil sie „nicht die richtige Geisteshaltung“ hatten. An der anderen Stelle sagt er, dass das deutsche Volk „seit vielen Jahrzehnten in allen seinen Schichten an einer falschen Auffassung vom Staat, von der Macht, von der Stellung der Einzelperson“ krankt.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Selbstverständlichkeit lenken, mit der Adenauer hier von der Richtigkeit oder von der Falschheit einer Geisteshaltung spricht. Ich glaube, wenn wir ehrlich sind, müssen die meisten von uns zugeben,

dass wir heute nicht mehr in derselben Selbstverständlichkeit von einer „richtigen“ oder „falschen“ Geisteshaltung sprechen würden. Viele von uns hätten Bedenken, ob man das so noch sagen kann. Ich weiß aus vielen Gesprächen, wovon ich rede.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir von diesen Bedenken wegkommen müssen. Wir übernehmen mit ihnen ungewollt und unmerklich den postmodernen Relativismus, für den jede Geisteshaltung gleich gültig ist.

Stattdessen müssen wir das Gegenteil tun: Gerade heute müssen wir uns als CDU wieder auf unsere weltanschauliche Identität besinnen. Wir müssen wieder anfangen, über die Werte zu reden, an denen sich unsere Politik orientiert. Wir müssen gerade heute daran festhalten, dass es Wahres und Falsches gibt, dass es Gutes und Böses gibt. Wir müssen gerade heute wieder vermitteln, dass es richtige Geisteshaltungen gibt und falsche Geisteshaltungen.

Die entscheidende Frage ist doch, ob das christlich-abendländische Menschenbild mit seinen von Adenauer genannten politischen Konsequenzen nur eine „große Erzählung“ ohne Wahrheitsgehalt ist, oder ob es das richtige Menschenbild ist. Wir können als CDU die Überzeugung von der *Richtigkeit* unseres Menschenbildes nicht aufgeben, ohne unsere Identität preiszugeben. Und wir *brauchen* diese Überzeugung nicht aufzugeben, weil sie *begründet* ist. Aus dieser begründeten Überzeugung heraus müssen wir dem Zeitgeist mit seinem technokratisch-pragmatischen Politikverständnis entgegentreten.

So müssen wir heute Politik für Deutschland neu entwerfen, und zwar aus der unverändert selben Geisteshaltung heraus, aus der die CDU gegründet wurde.

Aus dieser Geisteshaltung heraus sagen wir: Es widerspricht unserer Auffassung von dem Wert und der Würde der Einzelperson,

- wenn 5,2 Millionen Menschen in Deutschland keine Arbeit haben und im gesellschaftlichen Abseits stehen,
- wenn die Schere zwischen Arm und Reich in unserem Land immer größer wird und vor allem Kinder und allein erziehende Mütter davon betroffen sind,

- wenn ein Viertel unserer 15jährigen in Nordrhein-Westfalen nicht ordentlich lesen, schreiben und rechnen können und so die Zukunft verlieren,
- wenn Unternehmer aus dem Land gedrängt werden, weil die Rahmenbedingungen für Investitionen und die Schaffung neuer Jobs bei uns nicht mehr stimmen,
- wenn der Staat immer mehr Aufgaben an sich reißt und die Bürger gängelt und bevormundet.

III.

Das christlich-abendländische Menschenbild bleibt das Fundament unserer wertorientierten Politik. Wir brauchen nichts von unserer Identität umzudefinieren. Sie war vor 60 Jahren so gut begründet, wie sie es heute ist oder in 60 Jahren sein wird. Aber Geschichte ist Wandel. Der Wandel konfrontiert uns mit immer neuen Herausforderungen, auf die wir aus unserem Menschenbild heraus neue Antworten geben müssen. Es ist deshalb meines Erachtens an der Zeit, dass wir unser Grundsatzprogramm fortschreiben und sagen, was christlich-demokratische Politik im 21. Jahrhundert bedeutet.

Wir werden sagen müssen, wie wir die Ordnungspolitik, das Herz der Sozialen Marktwirtschaft, wieder beleben. Wir haben uns in den vergangenen Jahren weit entfernt von den Zielen und Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Wir haben zugelassen, dass die Freiheit des Einzelnen immer mehr erstickt wird unter einem Dickicht von Gesetzen, Regelungen und Vorschriften. Wir haben die Menschen Schritt für Schritt aus der Verantwortung für sich selbst entlassen. Unsere Gesellschaft ist dadurch ärmer und unsolidarischer geworden.

Die heutige Politik ist Regelungspolitik, nicht Ordnungspolitik. Ordnungspolitik beschränkt sich darauf, den Rahmen vorzugeben, innerhalb dessen die Menschen ihre Angelegenheiten verantwortlich selbst regeln. Ordnungspolitik bedeutet: weniger reglementieren, mehr Freiheit lassen, mehr Freiheit sogar zumuten. Ordnungspolitik bedeutet: Jobs statt Bürokratie. Ordnungspolitik, wie sie die Väter der Sozialen Marktwirtschaft aus dem christlichen Menschenbild heraus entwickelt haben, setzt aber ein gemeinsames Wertefundament der Gesellschaft heraus. Sie kann nur

funktionieren, wenn jeder grundsätzlich darauf vertrauen kann, dass jeder andere verantwortlichen Gebrauch von seiner Freiheit machen will. In einer Gesellschaft von Egoisten, die jedes Mittel für erlaubt halten, kann Ordnungspolitik nicht gelingen.

Wir werden in unserem Grundsatzprogramm die Ordnungspolitik, die bisher vor allem als wirtschaftliche Strukturpolitik verstanden wurde, um eine soziale Ordnungspolitik ergänzen müssen. Der Sozialstaat ist mit der Aufgabe einer Sicherung des Lebensstandards für alle und zu jeder Zeit überfordert. Er schafft Bürokratiemonstren. Die Menschen verwalten ihre Angelegenheit nicht mehr selbst, sondern werden verwaltet. Das ist Fremd- statt Selbstbestimmung. Solidarität wird zu einer Angelegenheit der staatlichen Verwaltung, was schließlich zu einer Entsolidarisierung der Menschen führt. Mit dem christlichen Menschenbild, dem wir verpflichtet sind, ist diese Entwicklung nicht vereinbar. Wir brauchen eine Neuvermessung der Verantwortungsräume zwischen Staat und Gesellschaft.

Wir werden – das ist die dritte wichtige Aufgabe – in der Fortschreibung unseres Grundsatzprogramms sagen müssen, was wir tun können, um die Erosion des gemeinsamen Wertefundaments unserer Gesellschaft zu stoppen. Diese Erosion ist nicht wie ein Naturereignis über uns gekommen. Wir haben sie aktiv betrieben oder passiv zugelassen. Wir haben die Institutionen sträflich vernachlässigt, in denen die Wertorientierungen der Menschen, ihre sittlichen und moralischen Maßstäbe gebildet und überliefert werden. Wir müssen sagen, wie wir sie wieder stärken. Wir müssen darauf moderne Antworten geben:

- Antworten, die das geänderte Familienbild in unserer Gesellschaft würdigen. Familie ist nicht nur Vater, Mutter und Kind, sondern auch gescheiterte Ehe, bei der sich beide Eltern um die Kinder kümmern. Familie ist auch die allein erziehende Mutter mit ihren Kindern, die es besonders schwer hat.
- Antworten, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter erleichtern, z.B. indem wir für ein flächendeckendes Ganztagschulsystem eintreten.
- Antworten, die neue Wege aufzeigen für ein menschliches Zusammenleben der Generationen bei immer mehr älteren Menschen, die nicht ausgeschlossen werden dürfen.

- Antworten, die zeigen, wie die unverändert große Bereitschaft der Menschen zur Solidarität und Hilfe in neuen Formen des ehrenamtlichen Engagements gefördert werden kann.
- Antworten, die sagen, wie die Integration von Zuwanderern in unsere Gesellschaft für alle Seiten fruchtbar und bereichernd gelingen kann. Wir wollen keine Parallelgesellschaften, weil sie dem Wert und der Würde des Einzelnen nicht gerecht werden. Multi-Kulti ist hart und grausam.

Eine christliche Partei ist eine Partei nah bei den Menschen – bei den Menschen mit ihren Fähigkeiten und Fehlern, bei den Menschen mit ihren Hoffnungen und Enttäuschungen. Sie unterwirft die Menschen keinem ideologischen Gesellschaftsexperiment. Sie zwingt sie in kein Raster, dem sie nicht genügen können. Sie nimmt die Menschen als eine auf Recht und Freiheit ruhende Gemeinschaft von Personen, die sich vertrauen wollen und die bereit sind, die Verantwortung für sich und die Gemeinschaft zu übernehmen, die ihnen sittlich geboten ist. Aus diesem Menschenbild heraus hat die CDU eine Politik gemacht, die Deutschland gut getan hat. So soll es auch in Zukunft wieder sein – bei uns in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und in Europa.